

Beiträge ÖkoLinX-ARL

Wortprotokoll

über die

30. Plenarsitzung

der Stadtverordnetenversammlung

am Donnerstag, dem 31. Januar 2019

(16.00 Uhr bis 23.27 Uhr)

Aktuelle Stunde zur Frage Nr. 1631	26
Stadtverordneter Taylan Burcu, GRÜNE:	26
Stadtverordneter Gregor Amann, SPD:	27
Stadtverordneter Michael Müller, LINKE.:	28
Aktuelle Stunde zur Frage Nr. 1632	29
Stadtverordneter Markus Fuchs, AfD:	29
Stadtverordneter Nico Wehnmann, FRAKTION:	30
Stadtverordnete Ursula Busch, SPD:	31
Stadtverordneter Michael Müller, LINKE.:	32
Aktuelle Stunde zur Frage Nr. 1633	33
Stadtverordnete Merve Ayyildiz, LINKE.:	33
Stadtverordneter Dr. Uwe Schulz, FDP:	33
Stadtverordnete Jessica Purkhardt, GRÜNE:	34
Stadtverordneter Patrick Schenk, BFF:	35
Stadtverordneter Dr. Christoph Schmitt, CDU:	36
Stadtverordneter Horst Reschke, AfD:	36
Stadtverordneter Holger Tschierschke, SPD:	37
Aktuelle Stunde zur Frage Nr. 1635	37
Stadtverordneter Mathias Mund, BFF:	37
Stadtrat Mike Josef:	38
Stadtverordneter Robert Lange, CDU:	40
Stadtverordnete Birgit Puttendörfer, SPD:	40
Stadtverordneter Manfred Zieran, ÖkoLinX-ARL:	41
Stadtverordnete Ursula auf der Heide, GRÜNE:	42
5. Verabschiedung der Tagesordnung II.	43
6. Familienfreundliche Bäder in der Sportstadt Frankfurt bis 14 Jahre!	43
Vortrag des Magistrats vom 21.12.2018, M 237 <u>hierzu:</u> Antrag der AfD vom 09.01.2019, NR 731	
Oberbürgermeister Peter Feldmann:	43
Stadtrat Markus Frank:	46
Stadtverordnete Sybill Cornelia Meister, CDU:	48
Stadtverordnete Ursula Busch, SPD:	50
Stadtverordnete Ingeborg Leineweber, BFF:	53
Stadtverordneter Michael Bross, FDP:	55
Stadtverordneter Taylan Burcu, GRÜNE:	56
Stadtverordnete Ayse Zora Marie Dalhoff, LINKE.:	57
Stadtverordneter Markus Fuchs, AfD:	58
Stadtverordneter Bernhard E. Ochs, FRANKFURTER:	59

mungsmache. Die angekündigte Kleingartenstrategie, die im Frühjahr 2020 vorgestellt werden soll, wird den Interessen der Gartenpächter sicher Rechnung tragen.

Wie schon gesagt, Kleingärten gehören zu einer Stadt, gestern wie heute, und auch zu einer Stadtentwicklung mit verschiedenen Schwerpunkten. Es darf nicht passieren, dass Kleingärten und bezahlbarer Wohnraum gegeneinander ausgespielt werden. Wir müssen es schaffen, fehlende, bezahlbare Wohnungen in einem vernünftigen Mischungsverhältnis auf dem Stadtareal zu realisieren. Wohnungsbau, Gewerbe, Stadtgestaltung und Stadtentwicklung stehen in enger Verbindung. Kleingartenanlagen oder Gärten sind dabei ein Baustein. Sie dienen der Erholung, sind Grünschnitten und Nahrungslieferanten. Kleingartenanlagen sind große Grünflächen, teilweise mitten in der Stadt. Allerdings sind Kleingartenanlagen zum Teil abgeschlossene Areale, welche der Öffentlichkeit nur eingeschränkt zur Verfügung stehen. Es muss jedoch aus wichtigen Entwicklungsgründen für die Stadt möglich sein, über solche Areale zu diskutieren. In vielen Fällen reden wir schließlich über städtisches Gelände, auf dem sich preiswerter Wohnraum realisieren lässt. Sollten wirklich Kleingartenanlagen wegfallen und im Geltungsbereich des Bundeskleingartengesetzes liegen, haben diese in der Regel Anspruch auf geeignetes Ersatzland. Selbst für betroffene Gärten, die nicht durch das Bundeskleingartengesetz geschützt werden, bemüht sich die Stadt um Ersatzland. In diesem Zusammenhang erinnere ich an die Günthersburghöfe. Dort sieht der städtische Entwurf vor, dass ein nicht unerheblicher Teil der Freiflächen erhalten bleibt und Ersatzgärten entstehen. Diese mögen kein vollwertiger Ersatz für die bisherigen Freizeitgärten sein. Wenn man allerdings bedenkt, dass die Flächen ursprünglich einmal komplett einer mindestens vierspurigen Schnellstraße zum Opfer fallen sollten, kann man in diesem Fall die jetzige Lösung nur als Verbesserung ansehen.

(Beifall)

**Stadtverordnetenvorsteher
Stephan Siegler:**

Frau Puttendörfer, Ihre Redezeit ist überschritten.

(Heiterkeit)

**Stadtverordnete Birgit Puttendörfer, SPD:
(fortfahrend)**

Na gut. Wie gesagt es gibt Möglichkeiten, Gärten zur Verfügung zu stellen oder auszuweiten. Ich denke, diese sollten genutzt werden. Dazu wird sich Frau Heilig sicher Gedanken machen.

Danke!

(Beifall)

**Stadtverordnetenvorsteher
Stephan Siegler:**

Die nächste Wortmeldung kommt von Herrn Zieran von ÖkoLinX-ARL. Bitte!

Stadtverordneter Manfred Zieran, ÖkoLinX-ARL:

Guten Abend!

Muss man hier gleich einen BFF-Antrag kriegen? Wem gehört der?

**Stadtverordnetenvorsteher
Stephan Siegler:**

Restmüll.

**Stadtverordneter Manfred Zieran, ÖkoLinX-ARL:
(fortfahrend)**

Restmüll. Ja, das ist in Ordnung. BFF-Antrag in den Restmüll.

Es geht weiter. Guten Abend!

Punkt eins: Der Dezernent Mike Josef spricht davon, dass Menschen in den sozialen Medien denunziert worden sind. Das ist, soweit es die Bürgerinitiative Grüne Lunge angeht, eine Lüge. Das ist nicht passiert. Im Gegenteil, die

Grüne Lunge hat darauf geachtet, dass nur Bilder von Baugruben und nicht von Gesichtern von irgendwelchen Menschen veröffentlicht wurden. Das hat es nicht gegeben.

Punkt zwei, zum Umgang mit Kleingärtnern: Es wurden nicht alle informiert, sondern über ihre Köpfe hinweg wurden Zerstörungen in diesem Kleingartengelände durchgeführt. Genau das ist es, was wir kennen, wenn Grünanlagen in dieser Stadt und in anderen Städten kaputt gemacht werden. Sie werden nicht ernst genommen. Dieser Magistratsvortrag M 240 „Wachsende Stadt und Klimafolgen - steigende Anforderungen“ und so weiter ist ein toller Vortrag. Der Vortrag ist auch schön formuliert zum Teil, nur die Realität sieht ganz anders aus. Das, was wir an Biotopen haben, das, was wir an Frischluftschneisen haben, das, was wir an Kaltluftentstehungsgebieten haben, das wird zerstört, und ausgerechnet das größte Gebiet im innenstadtnahen Bereich machen Sie kaputt. Dann kommen Sie mit so einem Ding und sagen, Sie haben ein Konzept. Sie wollen irgendetwas in irgendeine Richtung für die Menschen verbessern. Sie machen nichts gegen die Klimakatastrophe. Sie machen nichts für das Mikroklima. Nur ab und zu wird ein Hof geöffnet und es wird ein Baum gepflanzt. So schafft man keine höhere Lebensqualität in einer Stadt. Wir brauchen in einer Stadt Sozialwohnungen. Wir brauchen nicht den normalen Luxus-Wohnungsbau. Wir brauchen nicht diese ganzen Wolkenkratzer, die Sie jetzt bauen wollen. Wir brauchen auch keinen neuen Plan für diese Bebauung. Sie muss verhindert werden. Wir brauchen Platz für die Grünflächen, die wir jetzt haben, sodass diese erhalten bleiben und nicht weiter verkleinert werden. Ich möchte nicht noch so einen Sommer erleben und möchte nicht die ersten Toten erleben, weil wir hier nichts gegen die Klimaerwärmung getan haben.

(Zurufe)

Sie sagen, oh oh, aber das passiert doch laufend. In Frankreich haben wir in einem Sommer wegen der Klimaerwärmung über 1.000 Tote gehabt.

(Zurufe)

Das ist unglaublich. Sie sollten sich an die eigene Nase fassen und wirklich etwas für die Menschen tun, und nicht nur schöne Berichte mit schönen Worten schreiben.

Danke!

(Beifall)

**Stadtverordnetenvorsteher
Stephan Siegler:**

Die nächste und bisher letzte Wortmeldung kommt von Frau auf der Heide von den GRÜNEN. Bitte!

**Stadtverordnete Ursula auf der Heide,
GRÜNE:**

Herr Vorsteher,
sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen!

Ich zitiere mit Erlaubnis des Vorstehers: „Er hat mich mehr als einmal gerettet der Garten. Die Dinge zurechtgerückt. Mich zum Lachen gebracht, wenn mir zum Heulen war. Er bereitet mir Niederlagen, aber er tröstet mich, wenn die Welt welche bereitet.“ So schreibt die Frankfurter Schriftstellerin und Gärtnerin Eva Demski in ihren „Gartengeschichten“. Liebe Kolleginnen und Kollegen, auch den GRÜNEN ist sehr wohl bewusst, welche Bedeutung die Gärten für die Menschen haben, die darin ihr Leben verbringen. Dennoch, was in der Betrachtung aus unserer Sicht untergegangen ist, ist die Frage danach, wo und wie gebaut wird. Die Grundlage dafür muss aus unserer Sicht der Klimaplanatlas sein.

(Beifall)

Natürlich ist der Grüngürtel tabu, aber wir müssen wirklich danach schauen, was der Klimaplanatlas sagt und wo wir sozusagen eingreifen. Erst nach dieser Betrachtung entscheidet sich, ob es Ackerflächen, Kleingärten oder andere Bereiche sind, wo das Grün derzeit ist. Diese Umstände sind zu betrachten. Für uns GRÜNE spielt noch eine andere Sache eine Rolle. Gerade in der verdichteten, heißen Stadt ist es wichtig, dass wir Grün für alle haben - öffentlich zugängliches Grün, wo alle einen Zugang haben, nicht nur Hausgärten und Kleingärten.

7. Wachsende Stadt und Klimafolgen - Steigende Anforderungen und finanzielle Auswirkungen im Bereich der Unterhaltung und Pflege von Grünanlagen sowie zunehmender Nutzungsdruck im öffentlichen Raum	61
Vortrag des Magistrats vom 21.12.2018, M 240 <u>hierzu:</u> Antrag der BFF vom 16.01.2019, NR 740	
Stadtverordneter Manuel Stock, GRÜNE:	61
Stadtverordneter Mathias Mund, BFF:.....	63
Stadtverordneter Robert Lange, CDU:	65
Stadtverordneter Roger Podstatny, SPD:.....	67
Stadtverordnete Pearl Hahn, LINKE.:.....	68
Stadträtin Rosemarie Heilig:.....	69
8. Klage der Stadt Frankfurt gegen den kommunalen Finanzausgleich.....	71
Antrag der AfD vom 21.11.2018, NR 704	
Stadtverordneter Dr. Dr. Rainer Rahn, AfD:	71
Bürgermeister und Stadtkämmerer Uwe Becker:	74
Stadtverordneter Michael zu Löwenstein, CDU:	76
Stadtverordnete Annette Rinn, FDP:	78
Stadtverordnete Kristina Luxen, SPD:.....	79
Stadtverordneter Patrick Schenk, BFF:	81
Stadtverordneter Wolfgang Siefert, GRÜNE:.....	82
Stadtverordneter Michael Müller, LINKE.:	83
Bürgermeister und Stadtkämmerer Uwe Becker:	84
Stadtverordneter Bernhard E. Ochs, FRANKFURTER:	85
9. Strukturwandel bei Umgang mit Extremismus in Frankfurter Behörden.....	86
Antrag der FRAKTION vom 02.01.2019, NR 721 <u>hierzu:</u> Antrag der LINKE. vom 24.01.2019, NR 744	
Stadtverordnete Merve Ayyildiz, LINKE.:.....	86
Stadtverordneter Herbert Förster, FRAKTION:.....	89
Stadtverordneter Dr. Uwe Schulz, FDP:	90
Stadtverordneter Holger Tschierschke, SPD:	92
Stadtverordnete Jessica Purkhardt, GRÜNE:.....	93
Stadtverordneter Manfred Zieran, ÖkoLinX-ARL:	95
Stadtverordneter Dr. Christoph Schmitt, CDU:	97
Stadtverordneter Nico Wehnemann, FRAKTION:.....	99
Stadtverordneter Dr. Dr. Rainer Rahn, AfD:	100
Stadtverordneter Manfred Zieran, ÖkoLinX-ARL:	101
Stadtverordneter Martin Kliehm, LINKE.:.....	102
Stadtverordnete Pearl Hahn, LINKE.:.....	104
Stadtverordnete Monika Christann, LINKE.:.....	106
Stadträtin Sylvia Weber:.....	106

Stadtverordneter Manfred Zieran, ÖkoLinX-ARL:

Begrüßt haben wir uns ja schon. Es ist gut, dass wir diese Debatte führen. Der Beitrag von der Stadtverordneten Merve von den LINKEN ist ausgezeichnet gewesen. Er benennt den Hintergrund dieser Gesellschaft.

(Beifall)

Es ist auch nicht erstaunlich, wenn der Stadtverordnete der CDU, Herr Schmitt, anfängt zu lachen, das passt zu dem Gegeneinander und dem anwaltlichen Verständnis, welches jenseits von Grundrecht und Verfassung liegt. Das wage ich einmal so zu behaupten. Aber ich glaube, ich kann das auch anhand einzelner Äußerungen zu anderen Politikfeldern begründen.

Aber zurück dorthin, worum es geht. Ich möchte zunächst einmal damit anfangen, dass die ganze Debatte zwei Argumentationslinien folgt. Es gibt zwei Schienen, die nebeneinander laufen. Die eine Schiene ist, es ist gut, es ist hochgekommen, aber es ist nicht neu. Dieser strukturelle Rassismus - und das ist für mich zunächst das Entscheidende - ist in dieser Gesellschaft angelegt, in der Praxis der Gesellschaft, die gegen die Theorie des Teils der Verfassung der Menschenrechte steht. Schon immer. In den Achtzigerjahren gab es sozialdemokratische Polizistinnen und Polizisten, die sich an die GRÜNEN gewendet und gesagt haben, sie halten es nicht mehr aus, dass an den Türen neben ihnen Sprüche stehen wie „Ausländer raus“, „Diese Brut muss verschwinden“ und andere. Das heißt, es ist nicht neu, dass es innerhalb der Polizei so etwas gibt, diese Abteilungen hat es immer gegeben. Es ist klar, dass es nicht alle Polizisten betrifft. Das wäre eine völlig falsche Betrachtung. Aber die Strukturen produzieren das.

Wenn man erkennt, dass Macht und Herrschaft solche Strukturen produzieren, dann muss man solche Organe, gerade die, sehr gut einhegen, damit es sich nicht gegen diejenigen wendet, für die eigentlich ein Schutz da sein soll. Statt aber diese Einhegung zu betreiben - und damit komme ich zu dem Antrag -, wird unter dem Hassobjekt einer Extremismusdefinition, wo links gleich rechts gesetzt wird, über die Bild-Zeitung, weitere

Medien und andere Geschichten geschürt, dass dieses Machtorgan noch mehr Macht benötigt. Heute ist es für einen Bürger unmöglich, wenn er bei einer Kontrolle erschreckt - und das passiert -, und er bewegt sich aus dem Reflex heraus so, ohne dass er wirklich angreifen will, kann er bereits verurteilt werden. Das heißt, mit dem neuen Gesetz, welches zum Schutz der Polizei da sein soll, ist in Wirklichkeit geregelt, dass es zwei Ebenen von Rechten - auch von Menschenrechten - gibt. Die Organe, die sowieso strukturelle Vorteile haben, werden nach oben gehoben, und die anderen werden abgesetzt.

(Beifall)

Ich glaube, es ist Ihnen überhaupt nicht klar, was da getan wird. Das ist ein riesengroßes Problem. Ich habe nichts dagegen, wenn sich ein Polizeibeamter normal benimmt, und er wird angespuckt oder sonstiges. Dagegen muss er sich natürlich in irgendeiner Art und Weise auch schützen. Das hat damit aber überhaupt nichts zu tun. Das hat es immer gegeben. Die Problematik ist alt, sie ist nicht neu. Hier wird eine ganz bestimmte gesellschaftliche Hetze betrieben, auf der Grundlage der rechten Verschiebung der Gesellschaft und des Hasses, der in dieser Gesellschaft basiert. Da werden Organe in eine Position hineingerückt, die nichts anderes sind als ein Ausdruck der Formierung zum autoritären Staat.

(Beifall)

Das hat überhaupt nichts mit den ursprünglichen Absichten zu tun, die in dieser Gesellschaft einmal angelegt waren. Dazu komme ich aber später noch. Erst einmal reden wir vom Antrag NR 721. Wir lehnen ihn ab. Er ist völlig daneben. Er hat zwar gute Absätze in der Begründung, aber Extremismusbegriffe in dieser Art und Weise aufzugreifen, links gleich rechts zu setzen - ich kenne das von dem Kollegen Förster aus dieser Fraktion, das hat er damals schon getan, als wir zusammen die Bunte gebildet haben, da gab es starke Differenzen -, das geht nicht.

(Beifall)

Selbst wenn man sagt, es gibt da Leute, die gegen die Verfassung sind, dann muss man untersuchen, aus welchen Gründen. Aus

inhumanen Gründen, aus humanen Gründen, weil sie mehr Gerechtigkeit oder weniger Gerechtigkeit wollen, weil sie Rassismus wollen, weil sie die Ungleichheit wollen oder die Gleichheit. Das sind grundverschiedene Sachen. Das ist das eine.

Das andere ist, dass es auch ein Kampf-begriff eines Verfassungsschutzes ist, der nicht mehr die Verfassung schützt. Dazu sollte man wissen, dass bis 1973 der Extremismus kein amtlich gebrauchter Begriff war. Er war verboten. Sondern es wurde von Amtsseite damals von Radikalismus geredet. Das ist auch kein schöner Begriff, aber ich finde ihn sehr viel passender, gerade angesichts der heutigen Situation. Warum? Der Begriff Extremismus neben dieser Geschichte „links gleich rechts“, das ist die eine Kritik. Die kennen Sie schon, denn ich habe sie schon mehrfach hier vorgetragen. Der andere Punkt ist der, er trifft die gesellschaftliche Situation nicht. Wenn man diesen Begriff Extremismus benutzt - und ich benutze ihn jetzt einmal -, dann muss man die soziologischen und politischen Analysen über die Rechtsverschiebung dieser Gesellschaft ernst nehmen. Die passiert nicht an den Rändern. Nicht der Rand ist extrem, sondern - wenn wir überhaupt von extrem reden - die Mitte ist extremistisch. Das ist das Problem, das wir haben.

(Zurufe)

Wir haben es zum Teil ja auch in der FDP vorliegen.

(Beifall, Zurufe)

Die letzte Studie, die es dazu gab, können Sie sich durchlesen, aber es hilft bei Ihnen nicht mehr, Herr Schulz, da ist Hopfen und Malz verloren.

Ich denke mir, wenn man das nicht ernst nimmt, wird man verlieren. Jedenfalls die, die kein Interesse daran haben, dass diese Gesellschaft weiter in Richtung einer modernen Form des Faschismus geht. Man kann darüber lachen, man kann auch sagen, in der Mitte gibt es keinen Rassismus, da gibt es nichts Radikales, die spinnen alle, die das behaupten, die stehen sowieso am Rand, genau. Die kapierten überhaupt nichts, diese Leute, und das werden vielleicht einige sein, die dann auch, wenn sie ihren Mund aufrei-

ßen, wenn es soweit ist, dann vielleicht das, was sie heute gesagt haben, bedauern. Sie müssen das ernst nehmen. Es ist nicht wie in den Sechzigerjahren, als die NPD für zwei oder drei Jahre ins Parlament einzog und ein paar Prozente bekommen hat. Wir haben eine Rechtsverschiebung dieser Gesellschaft, die bis in die Inhumanität der Ungleichheit der Betrachtung der Menschen hineingeht als völkische Definition, die sich in der Mitte festsetzt. Das hat weder etwas mit links noch mit rechts zu tun, und das muss man einfach begreifen.

(Beifall)

Das ist der entscheidende Punkt. Und wenn ich davon ausgehe, dann ist dieser Antrag völlig daneben, weil er es einfach nicht benennt und daran vorbei argumentiert. Das ist der eine Punkt, und der ist klar.

Der andere Punkt - und da spreche ich nicht von Pegida, sondern ich rede über die Meinungsbildung, über die Multiplikatoren, auch was sich in den Kirchen tut und im Antisemitismusbereich. Hier hat doch heute wirklich jemand - wer war denn das? Ach, der Herr Schulz - gesagt, importierter Antisemitismus. Das kann doch wohl nicht wahr sein, unglaublich. Als wenn wir hier nicht in Deutschland wären, einem Land in dem eines der größten Verbrechen gegen Juden und andere begangen wurde. Das Problem des Antisemitismus hatten wir strukturell und es wurde nie beseitigt. Diese Faschisten haben diese Republik mit aufgebaut. Also bitte, Herr Schulz. Und Sie wollen ein Demokrat sein, wie Sie immer sagen? So etwas darf man als Demokrat nicht sagen. Wir haben Antisemitismus. Es ist völlig unerheblich ob jemand arabisch, deutsch oder sonst wie ist. Jede Diskriminierung, egal wo er lebt, muss bekämpft werden.

(Zurufe)

Wenn man dieser Meinung ist, dann gibt es keinen importierten Antisemitismus, sondern dann gibt es einen gesellschaftlichen Antisemitismus mit verschiedenen Ausdrucksformen, und diesen muss man sich stellen.

(Beifall)

Die FDP ist dem intellektuell und auch in der Praxis nicht gewachsen. Das ist der Punkt.

(Beifall, Zurufe)

Genau so wird hier geredet, und da kommt mir - ich sage es einmal offen - die Kotze hoch, wenn jemand von arabischen Großclans und von Parallelgesellschaften redet, wo eine widerliche Stigmatisierung ...

(Zurufe)

Natürlich gibt es diese Clans. Es gibt deutsche Clans, es gibt solche Clans, es gibt gemischte Gruppen.

(Zurufe)

Ja und? Das sagt doch nichts darüber aus. Das Entscheidende ist, dass sie kriminell sind und bestimmte Praktiken haben, die alle Bürger belästigen, und da ist mir scheißegal, ob er arabisch oder deutsch oder sonst wie ist. Das ist doch nicht der Punkt. Der Punkt ist, Sie hängen an dem Begriff „arabisch“ genau diese Geschichte auf und verbinden ihn mit Parallelgesellschaft. Da sind die Bösen. Dass wir ganz andere Parallelgesellschaften haben, wenn man einmal das Grundgesetz und die Menschenrechte ernst nimmt, ...

**Stadtverordnetenvorsteher
Stephan Siegler:**

Herr Zieran, Ihre Realgesellschaft sagt Ihnen, dass Ihre Redezeit zu Ende ist.

(Heiterkeit)

Stadtverordneter Manfred Zieran, ÖkoLinX-ARL:
(fortfahrend)

Danke, nur eines noch: Die Parallelgesellschaft der Konzerne handelt gegen die Menschenrechte und das Grundgesetz. Die müssen wir uns vornehmen. Die ist zutiefst deutsch und hat nichts mit arabischen Clans zu tun.

Danke!

(Beifall)

**Stadtverordnetenvorsteher
Stephan Siegler:**

Die nächste Wortmeldung kommt von Herrn Dr. Schmitt von der CDU-Fraktion. Bitte!

**Stadtverordneter Dr. Christoph Schmitt,
CDU:**

Sehr geehrter Herr Stadtverordnetenvorsteher,
meine Damen und Herren!

Die CDU-Fraktion ist bestürzt über die Tatsache - wir haben es schon geäußert -, dass eine Frankfurter Rechtsanwältin, offensichtlich auch noch wegen ihrer anwaltlichen Tätigkeit und als freies Organ der Rechtspflege und für die Wahrnehmung verfassungsgemäßer Rechte ihrer Mandanten, und sogar ihre Familie Ziel von Morddrohungen geworden sind, und wir sprechen den Betroffenen unsere volle Solidarität aus.

(Beifall)

Dass die derzeitigen Ermittlungserkenntnisse darauf hinweisen, dass die Morddrohungen von Vertretern der Frankfurter Polizei stammen und diese Teil eines rechtsextremen Netzwerkes sein könnten, halten wir für in besonderem Maße beunruhigend. Die CDU fordert daher die zügige und vollständige Aufklärung der Morddrohung, ihres Hintergrundes und aller etwaigen Beteiligungen von Vertretern der hessischen Landespolizei in und außerhalb Frankfurts. Die CDU begrüßt es, dass das Hessische Innenministerium die Untersuchung einer Stelle übertragen hat, die Gewähr für eine unbefangene Ermittlung bietet.

Meine Damen und Herren, gleichwohl kann die CDU die Vorlagen NR 721 und NR 744 nicht annehmen. Im Falle des Antrags NR 744 der LINKEN. liegt dies insbesondere daran, dass diese offensichtlich gar nicht an einer Aufklärung der Vorfälle interessiert ist, sondern viel mehr vorverurteilt, unter Generalverdacht stellt und den Versuch unternimmt, unsere Gesellschaft zu spalten.

(Beifall)

ausschuss die Abschaffung des Verfassungsschutzes gefordert.

(Zurufe)

Ich gebe hierzu eine Erklärung für das Protokoll ab: Ich habe nie, weder im Haupt- und Finanzausschuss noch sonst irgendwann die Abschaffung des Verfassungsschutzes gefordert. Ich habe mich in der letzten Sitzung des Haupt- und Finanzausschusses, auf dessen Sitzung Sie vermutlich rekurrieren, zu diesem Thema überhaupt nicht geäußert, weder in der Weise, wie Sie es darstellen, noch in einer anderen Weise. Ich stelle also fest: Das, was Sie mir hier unterstellen, ist schlicht und einfach frei erfunden, und ich distanzieren mich ausdrücklich von diesen diffamierenden Lügen des Herrn Tschierschke.

(Beifall, Zurufe)

**Stadtverordnetenvorsteher
Stephan Siegler:**

Die nächste Wortmeldung kommt von Herrn Zieran von ÖkoLinX-ARL. Herr Zieran, Sie haben noch sechs Minuten und 50 Sekunden Restredezeit. Bitte!

(Zurufe)

Stadtverordneter Manfred Zieran, ÖkoLinX-ARL:

Da kann ich nicht mithalten. Ich gratuliere dir zu der Beschimpfung.

Zu Herrn Schmitt: Die Kodetheorie, die er mir zugeschrieben hat, es ist ja schon fast eine Ehre. Es ist häufig so, dass Juristen überhaupt keine Sensibilität für Gesellschaft haben und für das, was an den Universitäten geforscht wird oder zu dem, was gesprochen wird, und man sollte einfach zur Kenntnis nehmen, dass die Studie des Leipziger Kompetenzzentrums für Rechtsextremismus und Demokratieforschung genau das festgestellt hat: Extremismus der Mitte, der Hass auf die Armen ist salonfähig geworden. Wenn man nicht in der Lage ist, solche wissenschaftlichen Ergebnisse, die ja nicht nur durch eine Studie herausgekommen sind - bei einer

Studie könnte man sagen, naja, das ist interesseliegt, es gibt mehrere solche Studien -, dann muss man das einfach einmal zur Kenntnis nehmen und sich damit auseinandersetzen und nicht in den ideologischen Gräben bleiben, weil man dann nämlich irgendwann in einer Gesellschaft landet, die nichts mehr mit Demokratie zu tun hat.

So viel zu dem aufrechten Demokraten Schmitt. Ich nehme ihm das nicht ab.

Jetzt noch einmal, auch wenn es mich eigentlich nichts angeht, aber es ärgert mich immer, wenn hier Rechte im Parlament wie Herr Schmitt, wenn ihnen nichts mehr einfällt, mit der SED kommen, und die PDS wird dann hochgehoben. Leute, wenn ihr keine Ahnung von Geschichte habt, dann sollte man das hier auch nicht vortragen.

(Beifall)

Zunächst einmal sollte man wissen, wer Teil dieser SED war, nämlich die CDU. Nicht die CDU heute, sondern diese christlichen Leute in der DDR waren auch Teil dieser SED. Das muss man doch zumindest einmal ansprechen. Punkt eins.

(Beifall)

Punkt zwei. Zwischen dem, was die SED vertreten hat, dass die SED eine Staatspartei war, das weiß man doch alles. Und dass es ein autoritärer Staat war, wo ich nicht hätte reden dürfen, ist auch klar. Trotzdem hat es soziale Fortschritte gegeben, nach denen wir heute die Hände ausstrecken, wo wir heute mühsam versuchen, bei den KITAS und bei anderen so einen Standard zu erreichen. Das ist das eine. Das ist die SED. Was hat das denn nun mit den LINKEN. zu tun?

(Zurufe)

Nur weil Leute aus der Ecke kommen kommt dauernd dieser Vorwurf, der keinerlei Begründung hat, außer, dass man Antikommunist ist und dass man sagt, igittigitt, alles, was von links kommt, ist kommunistisch, ist sozialistisch, und das alles ist schon per se vordemokratisch und das wollen wir nicht haben. Sie haben nie begriffen, dass Sozialismus ernst genommen, selbst der alte Sozialismus der Sozialdemokraten, als sie noch sozial-

demokratisch waren, nichts anderes will als das, was in den Menschenrechten, wie sie in der UN-Charta festgelegt sind, die sozialen und die demokratischen Menschenrechte nämlich zu verwirklichen. Was anderes meint es nicht. Also geht diese Polemik völlig daneben.

Zu der Leichtfertigkeit aus der CDU heraus, diese Machtstrukturen zu legitimieren und nie zu hinterfragen und sich auch einmal klarzumachen, was es bedeuten kann. Für viele andere demokratische Länder ist es eine Selbstverständlichkeit, dass sie für die Polizei und für Ordnungsorgane Ombudsleute haben, weil sie davon ausgehen, dass in einer Struktur Menschen nicht über ihre Kollegen aufklären können, dass es strukturell praktisch unmöglich ist. Man braucht eine unabhängige Stelle, die dann tatsächlich auch dieses Kollektive, dass man sich deckt und dass man Verbrechen nicht nach draußen kommen lässt, aufbricht und dass diese unabhängigen Leute darüber reden. Das sage nicht ich, das sagen nicht wir Linke, das wird von Polizeiausbildern und Polizeihochschulen gefordert, und nicht von irgendwem, weil die ihre Kollegen kennen, die sie ausgebildet haben. Die wissen, was da an inhumanem Gedankengut, an diskriminierendem und rassistischem Gedankengut im Polizeiapparat vorhanden ist, besonders in den Spezialeinheiten. Es gibt ja unterschiedliche Ausbildungen und unterschiedliche Menschenbilder, die dort geprägt werden.

Ich bitte einfach darum, dies zur Kenntnis zu nehmen. Andere Länder sind diesbezüglich viel weiter. Wenn man Demokratie will, wenn man sie erhalten will, braucht man unabhängige Stellen, die diejenigen kontrollieren, die diese autoritäre Formierung vorantreiben. Wenn Sie das nicht wollen, dann seien Sie offen und sagen Sie, dass Ihnen die Demokratie schon viel zu weit geht, am liebsten würden Sie ja alleine im Parlament sitzen und niemand anderen mehr reden lassen.

Danke!

(Beifall)

Stadtverordnetenvorsteher

Stephan Siegler:

Die nächste Wortmeldung kommt von Herrn Kliehm von der LINKEN. Sie haben noch neun Minuten Restredezeit. Bitte!

Stadtverordneter Martin Kliehm, LINKE.:

Sehr geehrte Damen und Herren!

Ein Ding, das wir uns angewöhnen müssen - auch Herr Dr. Schulz - wäre, nicht mehr antisemitische Sprüche zu reproduzieren, im Übrigen auch nicht diese Sprüche der AfD zu reproduzieren. Es genügt, wenn wir uns die anhören müssen, aber wir müssen sie hier nicht auch noch wiederholen. Ansonsten war das ein klassisches Derailing.

Wir sprechen hier gerade über ein Neonazi-Netzwerk bei der Polizei. Sie schaffen es, Herr Dr. Schulz, zu derailen von rechtsextremen Polizisten auf extremistische Islamisten. Das ist schon eine Leistung. Herr Dr. Schmitt steht dem in nichts nach und schafft es, anstelle des strukturellen Problems bei der Polizei über die historische Geschichte der Linkspartei zu reden. Wenn wir sagen, es gibt Rechtsextreme bei der Polizei, dann hätten Sie doch normalerweise gesagt: „Aber die Linksextremen!“ Sie müssen sich einmal überlegen, warum Sie das nicht sagen können. Es gibt nämlich keine Linksextremen bei der Polizei.

Die Frankfurter Rundschau titelte im Januar: Polizisten haben häufig rechte Weltbilder. Dort gibt es ein Interview mit dem Philosophen Daniel Loick, in dem er explizit betont, dass es gar nicht darum geht, eine pauschale Verurteilung von Polizistinnen und Polizisten zu treffen, sondern er sagt, dass es doch die Frage ist, wie sich derartige Positionen jahrelang kultivieren konnten. Das ist doch das Problem!

Dann müssen Sie gar nicht weit gehen, hören Sie sich einmal die Pressemitteilung der Deutschen Polizeigewerkschaft an. Da weist dieser Philosoph zu Recht darauf hin, dass, wenn man sich zum Beispiel die Deutsche Polizeigewerkschaft anschaut, diese regelmäßig von Staatsversagen bei der Vollstre-